

### **3. Entwicklung der Informationsfreiheit in Deutschland**

#### **3.1 Gesetzgeberische Aktivitäten in den Bundesländern**

Im Jahr 2011 fanden in den Bundesländern einige positive Neuerungen hinsichtlich des Zugangs zu amtlichen Informationen statt. So wurde zwar die in Berlin ursprünglich geplante Einführung einer verpflichtenden Kennzeichnung im Bereich der Lebensmittelkontrolle mit Hilfe eines Smiley-Systems aufgrund rechtlicher Bedenken gestoppt, allerdings findet nun eine Veröffentlichung der Kontrollergebnisse im Internet statt. Zudem werden in Berlin öffentliche Stellen verpflichtet, alle Verträge zur Teilprivatisierung der Wasserbetriebe offenzulegen, nachdem im Februar 2011 der Volksentscheid zur Abstimmung über den Gesetzentwurf zur Offenlegung der Teilprivatisierungsverträge der Berliner Wasserverträge erfolgreich war. Des Weiteren wurde der Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit verpflichtet, sämtliche offenzulegende Dokumente auf dem Eingangsportale seiner Website zugänglich zu machen. Auch in Bremen wurde eine neue Vorschrift zur Offenlegung von Verträgen über die Daseinsvorsorge geschaffen. Anders als in Berlin gibt es aber keine Pflicht der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit, entsprechende Informationen auf ihrer Internetseite zu veröffentlichen. Stattdessen werden sämtliche Behörden verpflichtet, geeignete Dokumente in das zentrale elektronische Informationsregister auf [www.bremen.de](http://www.bremen.de) einzustellen. Diese Verpflichtung wurde in das Bremer Informationsfreiheitsgesetz aufgenommen, nachdem sie zuvor in einer Verordnung geregelt war. Als weitere wichtige Neuerung im Bremer Informationsfreiheitsgesetz ist die Abwägungserfordernis beim Vorliegen von Betriebsgeheimnissen und Geschäftsgeheimnissen zu nennen. Nachdem zuvor beim Vorliegen der genannten Geheimnisse der Informationszugang zu versagen war, muss nun Zugang zu den entsprechenden Dokumenten gewährt werden, wenn das Informationsinteresse der antragstellenden Person die schutzwürdigen Belange der Antragstellerin oder des Antragstellers überwiegt. Auch in Mecklenburg-Vorpommern erfolgte eine Überarbeitung des Informationsfreiheitsgesetzes. Novellierungen sind zudem in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein geplant. Beide Länder verfolgen das Ziel, ihr Informationsfreiheitsgesetz mit dem Umweltinformationsgesetz zusammenzufassen. In Brandenburg, dem Land mit dem bundesweit ältesten Informationsfreiheitsgesetz, ist eine Novellierung bisher ausgeblieben.

Auch in einigen Ländern, die nicht Mitglied der Konferenz der Informationsfreiheitsbeauftragten in Deutschland sind, hat sich etwas getan. So soll in Rheinland-Pfalz der Landesbeauftragte für den Datenschutz die Funktion des Ombudsmanns für den Bereich der Informationsfreiheit bekommen. In Baden-Württemberg sind Verhandlungen zur Verabschiedung eines Informationsfreiheitsgesetzes im Gange. In Thüringen wurde von der Landtagsfraktion DIE LINKE der Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Informationsfreiheit vorgelegt, der umfangreiche Änderungsvorschläge zum aktuellen Gesetz enthält.

#### **Aktivitäten auf Bundesebene**

Auf Bundesebene zeichnet sich – entgegen den Vereinbarungen im Koalitionsvertrag der Bundesregierung – eine stärkere Zusammenfassung des Verbraucherinformationsgesetzes, des Umweltinformationsgesetzes und des Informationsfreiheitsgesetzes nicht ab. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Rechts der Verbraucherinformation wurde am

28. Oktober 2011 in erster Lesung vom Bundestag beraten und an den zuständigen Ausschuss überwiesen. Die Landesbeauftragten für Informationsfreiheit hatten zuvor zu einem Referentenentwurf Stellung genommen. Im Gegensatz zum ersten Gesetzentwurf wurde in der aktuellen Entwurfsfassung auf die Einrichtung einer oder eines Informationsfreiheitsbeauftragten für den Bereich des Verbraucherinformationsgesetzes verzichtet, nachdem der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit auf den mit der Aufgabenerweiterung verbundenen Mehrbedarf an Personal hingewiesen hatte.